

Sorgen um französischen Giftmüll

Die Deponie Stocamine nahe Mulhouse bereitet Kommunalpolitikern Kopfzerbrechen – sie wollen, dass das Material geborgen wird

Von Sebastian Wolfrum

BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD. Frankreich will prüfen, ob Giftmüll aus der Deponie Stocamine doch geborgen werden kann. Bislang wurde von Endlagerung gesprochen. Kritiker haben Angst vor einer Verseuchung des Grundwassers. Im Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit des Landkreises ist die Sorge groß. Die Zusammenarbeit mit Frankreich soll in der Frage deshalb intensiviert werden.

Unter der Erde bei dem französischen Örtchen Wittelsheim, nicht weit von Mulhouse, liegt der Giftmüll vergraben. In 500 Meter Tiefe sind 42 000 Tonnen in einem ehemaligen Kalibergwerk gelagert. Doch das frühere Bergwerk gilt vielen als falscher Ort für die Sondermülldeponie, die unter dem Namen Stocamine betrieben wird. Das Gestein bewegt sich, Wasser dringt ein. Naturschützer aus Deutschland und Frankreich haben große Sorgen – das giftige Material bedrohe das Grundwasser. Die Deponie am Oberrhein sei eine Gefahr für eines der größten Trinkwasserreservoirs Europas.

Bislang war die französische Haltung, den Giftmüll trotz aller Bedenken in der alten Mine zu belassen. Tausende Fässer und Spezialsäcke sollten einbetoniert werden. Jetzt soll nochmals geprüft werden, ob nicht zumindest ein Teil des Sondermülls doch geborgen werden kann. In einer Sitzung des Ausschusses für grenzüberschreitende Zusammenarbeit des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald wurde über die geplante Machbarkeitsstudie der Franzosen informiert.

Eine französische Verzögerungstaktik?

Auf Antrag der CDU war das Thema der Stocamine auf die Tagesordnung gesetzt worden. Die Fraktion wollte über den Stand der Dinge in Kenntnis gesetzt werden. „Die Möglichkeit der Bergung wird jetzt zumindest in Betracht gezogen“, so Landrätin Dorothea Störr-Ritter. „Das ist ein Fortschritt.“ Sie gehe davon aus, dass die Ergebnisse der Studie in etwa einem Jahr vorliegen werden.

Die Studie soll die technische und finanzielle Machbarkeit der Bergung des giftigen Materials untersuchen. „Angesichts der Bedeutung des Trinkwasserreservoirs darf die Wirtschaftlichkeit kein



Container mit Industriemüll in der französischen Deponie Stocamine

ARCHIVBILD: AFP

Faktor sein“, so Astrid Siemes-Knoblich (CDU). Sie regte an, das Thema der Stocamine verstärkt in die binationalen Gespräche einzubringen, die in der Region stattfinden. „Das sollte mit auf die Agenda“, so Siemes-Knoblich. Dora Pfeifer-Suger (Grüne) zeigte sich irritiert von dem Plan der Franzosen. „Es gibt bereits Studien, die eine technische Machbarkeit bestätigen – warum wird noch eine in Auftrag gegeben?“ Ein Jahr auf die Ergebnisse der neuen Studie zu warten, halte sie für falsch.

„Je länger das geht, desto schwieriger wird es, das Material rauszuholen“, so Pfeifer-Suger. Sie befürchtet eine „Verzögerungstaktik“. 2017 berichtete ein hochrangiger französischer Politiker davon, dass einige Decken der Schächte inzwischen nur noch von den Giftmüllfässern gehalten werden.

„Wir sollten uns erläutern lassen, was so gefährlich ist“, so Oliver Rein (CDU). Er schlug vor, einen französischen Experten in den Ausschuss einzuladen und zu dem Thema zu hören. In einem Schreiben aus Frankreich heißt es, die Bergung

des Materials sei gefährlich. So gebe es Umweltrisiken bei der Zwischenlagerung und Arbeiter könnten bei der komplexen Arbeit unter Tage gefährdet werden. Außerdem gebe es „schwere Unfallrisiken (...), verbunden mit negativen Auswirkungen für eine Endlagerung“.

Dora Pfeifer-Suger war skeptisch. „Ich habe gehört, dort lagern vorwiegend Schwermetalle. Dann wäre es aber nicht nachvollziehbar, dass der Abfall nicht zwischengelagert werden könnte“, sagte sie. „Meine Interpretation ist: Da liegen hochgefährliche Substanzen, die nicht genehmigt wurden.“

„Bei aller Zusammenarbeit mit Frankreich – diejenigen, die es verbrochen haben, müssen auch dafür verantwortlich gemacht werden“, so Reiner Zimmermann (SPD). Er sehe die Franzosen in der Bringschuld. „Das muss unsere Position bleiben.“ Zimmermann nannte die Kali-Abraumhalde bei Buggingen als Beispiel „vor der eigenen Haustür“. Hier wurde erreicht, dass die Bergbaufirma für die Sanierung zahlt. Gleichzeitig lagert darunter Sondermüll. „Da gibt es auch bei uns

noch Handlungsbedarf“, so Zimmermann.

„Deutsch-Französische Freundschaft bedeutet, auch für kritische Themen eine Lösung zu finden“, so Rudolf Gwinner (FDP). Er sieht einen Vorteil für die Gespräche mit Frankreich, dass die deutsche Seite nicht allein sei mit ihren Sorgen. Auf französischer Seite gibt es Bürgerinitiativen, die sich gegen die Endlagerung stellen. Gwinner äußerte sich in Sachen technische Machbarkeit optimistisch. „Wenn man zum Mond fliegen kann, lässt sich dieses Problem auch lösen.“ Auch Bernd Belle (Freie Wähler) ist der Meinung, die deutsche Seite „muss an dem Thema dranbleiben“. Die lange Diskussion um Fessenheim habe für ihn zwei Dinge gezeigt: „Es ist schwer, den Franzosen in ihre Entscheidungen reinzureden. Aber ein langer Atem kann sich auszahlen.“ „Umweltbelastungen kennen keine Grenzen“, so Volker Kempf (AfD). Auch er betonte das Verursacherprinzip.

Die Landrätin kündigte an, die französische Seite über die Fragen aus dem Ausschuss zu unterrichten.